

Pulsnitzer Wochenblatt

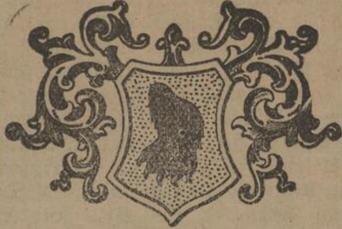
Fernsprecher 18. Tel.-Nr.: Wochenblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

Ersteinst: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit od. sonstig irgend welcher Störung d. Betriebes der Zeitung oder der Beförderungs-Einrichtungen hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Wöchentl. — 70 Gold-Mark bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentl. — 65 Gold-Mark; durch die Post monatlich M —.— freibleibend.



Anzeigen-Grundzahlen in Goldmark: Die sechsmal gespaltene Feilzeitung (Masse's Zeilenmesser 14) M —.20, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M —.12. Amtliche Zeile M —.60 und M —.36; Kellame M —.50. Tabellarischer Satz 50 Prozent Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. — Briefkurs vom Samstag. Mindestkurs: Tag der Rechnung. — Familien-Anzeigen nach ermäßigtem Tarif.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. O., Bollung, Großröhrsdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Richtenberg, Klein-Dittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 365.

Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Znh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 154.

Donnerstag, den 27. Dezember 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Brotverfürungsabgabe.

Der Reichsminister der Finanzen hat den zweiten Teilbetrag der Brotverfürungsabgabe auf das einhundertfünfundneunzigmillionenfache des maßgebenden Zwangsanleihebetrages festgesetzt. Die Abgabe ist bis zum 2. Januar 1924 an die Finanzkasse zu entrichten. Bei nicht rechtzeitiger Zahlung werden Verzugszuschläge erhoben.

Finanzamt Ramez, am 24. Dezember 1923.

Inserate für alle Zeitungen

vermittelt vollständig kostenlos

Verlag des „Pulsnitzer Wochenblattes“.

Vertliche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Nach den Feiertagen.) Weihnachten, das Fest der Liebe, liegt nun wieder hinter uns. Wie schnell vergehen doch die paar Stunden sonniger Freude, die einen jeden in die glückliche Lage versetzen, die schweren Sorgen unserer Zeit auf kurze Zeit zu vergessen. Und waren die Gaben noch so knapp, der funkelnde Lichterbaum und die freudestrahlenden Kinderaugen halfen aber alles hinweg. Das Wetter war reichlich winterlich. Sturm, Schnee und Kälte am 1. Feiertag brachten den Eisenbahnzügen Stundenlange Verspätung ein. Den Landbewohnern war es unmöglich, hereinzukommen, aus welchem Grunde der Gottesdienst am 1. Feiertag nur von wenigen besucht werden konnte. Die anderen Weihnachtsgottesdienste und kirchlichen Feiern waren von einer zahlreichen Gemeinde besucht. Die Kirchenmusik für die Hauptgottesdienste hatte liebenswürdiger Weise der Damenchor des Gesangverein „Blüthenhain“ übernommen, diesmal unter Leitung unseres Kantors Herrn Oberlehrer Bartusch. Gesungen wurde der 2-stimmige Chor: „O Jesulein laß“ von J. S. Bach und „Ein Kind, geboren zu Bethlehem“, 3-stimmiges Weihnachtslied aus dem 14. Jahrhundert. Fräulein Zeiler sang ein Sopran-Solo: „Der Hirtenlied am Krippelein“ von M. Regner. Im liturgischen Gottesdienst am 1. Feiertag nachmittag sang der Schulchor unter Leitung des Herrn Riedelhorn fröhliche gut gekungelte Weihnachtslieder. — Sylvester liegt nun vor uns und wie bald 1923 hinter uns.

Pulsnitz. (Weihnachten für Erwerbslose, Kleinrentner, Sozialrentner und Rentenlose in unserer Stadt.) In Ergänzung des Berichtes in unserem Blatte vom 20. ds. Mts. sei noch mitgeteilt, daß außer den dort genannten Spenden noch folgende Gaben für das Weihnachtsfest gestiftet worden sind: Ueber 400 Pakete Pfefferkuchen, 100 Stück Kernseife, 20 Kiesel Kernseife, 100 Pakete Seifenpulver, weit über 100 Gold-Mark Bargeld, 25 Zentner Kohlen (die jedoch erst im Monat Januar geliefert werden können). Die gesamten Spenden sind am 21. Dezember an über 400 Erwerbslose verteilt worden, so daß jeder Erwerbslose mit 2 bis 7 Pfund Wehl, 1 Zwei- bez. Dreipfundbrot, Wurst, Tabak (weibliche erhielten dafür Pfefferkuchen), Margarine, Pfefferkuchen, Seife oder 1/2 Pfund Seifen-Pulver, 1 bez. 2 Pfund Nudeln und Herings bedacht werden konnten. Die verheirateten Erwerbslosen mit Kindern erhielten außerdem eine oder mehrere Gaben aus den gestifteten Textil- und Wollwaren Ausschlaggebend war dabei die Zahl der Kinder. Die Sichtung und Verteilung der eingegangenen Spenden lag in den Händen eines besonderen Ausschusses unter der bewährten Führung des Herrn Stadtrat Beyer und Herrn Obersekretär Hildner unter Hinzuziehung von Vertretern der Kaufmannschaft und Gewerbes und Vertretern der Erwerbslosen. Weiter war es möglich am Sonnabend, den 22. Dezember 1923 gelegentlich der Unterstützungszahlung an 93 hiesige Kleinrentner aus den Beständen der Sammlung „Notgemeinschaft“ reichliche Gaben zu verteilen. Weiter im Laufe des Vormittags des Christabends die Auszahlung der Unterstützungsgelder und Verteilung der Weihnachtsgaben an 75 hiesige Sozialrentner statt. Auch hier war es möglich denselben eine reiche Spende von allerlei Gaben zu übermitteln. Auch die Ortsrentner (Rentenlose) wurden bei dieser großzügigen

Hilfsaktion nicht vergessen. Sie erhielten am Weihnachtsheiligenabend nachdem der stellvertretende Bürgermeister und Vorsitzende des städtischen Fürsorgeamtes, Herr Stadtrat Beyer die Besprechung mit einer zu Herzen gehenden Aussprache in der des deutschen Weihnachtsfestes in seiner besonderen Eigenart und der in diesen Tagen auf den Plan tretenden Bruder- und Nächstenliebe gedacht wurde um damit

Wir geben hierdurch bekannt, daß wir Einlagegelder auf provisionsfreien Rentenmarkkonten

bis auf weiteres wie folgt verzinsen:

6 % jährlich bei täglicher Verfügung,

8 % jährlich bei einmonatl. Kündigungsfrist.

Papiermarkguthaben oder Einzahlungen können spesenfrei in Rentenmark umgewandelt werden.

Commerz- u. Privat-Bank Pulsnitzer Bank
Aktiengesellschaft e. G. m. b. H.
Zweigstelle Pulsnitz Pulsnitz und
Zweigstelle Ohorn

wenigstens die bitterste Not in unserem armen gequälten Volke zu lindern. Der Gabentisch im Ratkungszimmer war reich gedeckt und gerührt voller Freude und Dankbarkeit nahmen die Bedachten die Gaben entgegen. Es sind des weiteren an Erwerbslose, Kleinrentner, Sozialrentner und Arme gegen 200 Christbäume aus dem Stadtwalde unentgeltlich abgegeben worden. Aus all den hochherzigen Spenden dürfte man ersehen, daß die hiesige Einwohnerschaft im Verein mit den städtischen Kollegien für die von der Not und jetzigen schweren Zeit betroffenen auch diesmal wieder eine offene Hand hatte. Allen Spendern die zu dem Gelingen des Werkes beigetragen haben, sei auch hier im Namen der Beschenkten und der Stadt nochmals herzlich gedankt. Besondere Anerkennung gebührt der umsichtigen und opferwilligen Leitung unseres städtischen Fürsorgeamtes mit seinem Vorsitzenden Herrn Stadtrat Beyer und Herrn Obersekretär Hildner an der Spitze für das, was sie im Verein mit den übrigen Beamten bei der Fülle von Arbeit für die Allgemeinheit geleistet haben. Vorbildlich auch für andere Städte und Gemeinden haben Rat und Stadtverordnete unter der besonders verständnisvollen Leitung unseres Herrn Bürgermeisters zusammen mit unserer Einwohnerschaft für die Linderung der Not in unserer Stadt gesorgt.

Pulsnitz. (Neujahrsglückwunsch) Den verschiedensten Anregungen aus der Bürgerschaft nachkommend, soll auch trotz der Ungunst der Zeit der allgemeine Neujahrsglückwunsch zum Besten der Gemeindefakone wieder veröffentlicht werden, und unterliegt es wohl keinem Zweifel, daß dieser Weg der Begrüßung der billige und allen Verpflichtungen gerechtwerdende ist. — Es wird damit gerechnet, daß die Teilnehmerzahl dieselbe bleibt. Etwaige Ab- oder Neuanmeldungen werden bis zum

29. ds. Mts. mittags an die beiden Zeitungen erbeten. Die Gebühren für eine Zeile betragen zusammen für beide Zeitungen Goldmark 1.—. Durch die Güte freundlicher Helferinnen werden die Beträge Anfang Januar eingeholt.

Pulsnitz. (Der Paketverkehr mit dem gesamten besetzten Gebiet) wird vom 27. Dezember ab wieder aufgenommen. Pakete und Paketkarten müssen mit einer vom Absender zu unterschreibenden Inhaltsangabe versehen sein. Vor unrichtiger Inhaltsangabe ist zu warnen, da sie Weiterungen bei der Zollabfertigung und Beschlagnahme der ganzen Sendung zur Folge haben kann. Für jedes Paket wird ein Zoll und eine Behandlungsgebühr (bei der Zollabfertigung) erhoben. Der Zoll beträgt je nach dem Gewicht 0,40 bis 1,60 Goldmark, die Behandlungsgebühr 10 Pf. Das Nähere ist am Postschalter zu erfahren.

(Das Weihnachtswetter) gestaltete sich zum größten Teil etwas anders als wir es uns gedacht hatten, wenigstens hinsichtlich des ersten Feiertages. Bis zum „Heiligen Abend“ stimmten unsere Voraussetzungen im größten Teile Deutschlands herrschte ohnehin Tauwetter, im ganzen übrigen Gebiet ziemlich strenge Kälte, die sich mit dem Heranziehen eines nach Südosten fortschreitenden Minimums von der Nordsee her im Laufe des Tages milderte, so daß in Magdeburg die Temperatur von 14 auf 3 Grad Kälte stieg. Dann setzte ein gewaltiger Schneesturm ein, nach dessen Vorübergang die Kälte jedoch wieder zunahm, sich in Magdeburg am Abend des ersten Feiertages wieder bis auf 12 Grad steigend. Ueber Nacht zum zweiten Feiertage wurde es mit der Annäherung einer zweiten Depression gelinder und es trat wieder Schneefall ein. Jedoch erscheint ein Anhalten der Kälte, bezw. eine neue Zunahme derselben für später wahrscheinlich.

Pulsnitz. (Sylvester.) Die Jahrhundert alte Sitte, am Sylvester abends 12 Uhr sich auf dem Markt zu versammeln um dort das neue Jahr zu begrüßen soll noch durch Gefänge der vereinigten Männergesangvereine von Pulsnitz verherrlicht werden. In diesem Brauch will man auch in den kommenden Jahren festhalten.

(Mehr Hartgeld.) Die Ablieferung von Hartgeld ist jetzt, nachdem auch der „Großden“ und der „Hünzinger“ ausgegeben worden sind, besser geworden. Es arbeiten nunmehr sämtliche sechs deutschen Münzanstalten in Berlin, Hamburg, München, Karlsruhe, Stuttgart und Muldenhal mit äußerster Kraft. Das „Hartgeld“, besonders in Gestalt der Pfennige, wird im Geschäftleben überaus dringend gebraucht. Wo es aber aufkauft, verschwindet es zumeist in die Samstagskästen der Sammler!

Ramez. (Eineschöne Weihnachtsüber- raschung) brachten die hiesigen Konditoren ihrer Kundenschaft, indem sie ihre Preise und Getränke auf die Friedenspreise zurückgesetzt haben. Diese Maßnahme wird sicher viel Anerkennung gefunden haben.

Dresden. (Ruhestandsbezüge.) Den im Wartegeld und im Ruhestand befindlichen sächsischen Beamten, Geistlichen und Lehrern kann für Monat Januar 1924 zunächst nur die Hälfte der nach den neuen gesetzlichen Bestimmungen in Goldmark zu-



fälligen Versorgungsgebühren überwiegen werden. Die hiernach in Betracht kommenden Gebühren werden voraussichtlich in den letzten Tagen des Monats Dezember durch die Post ausgezahlt. Bei dieser Zahlung werden gleichzeitig diejenigen Versorgungsgebühren mitüberwiesen, die für Monat Dezember nach den gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der bisher geleisteten Abschlagszahlungen noch zurückständig sind.

Dresden, 24. Dezbr. (Goldmarkkalkulation) Die in Dresden versammelten mittleren Preisprüfungsstellen treten aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und zur Vereinfachung der Preisüberwachung und Preisprüfung dafür ein, daß Handel und Gewerbe und Landwirtschaft unverzüglich zur reinen Goldmarkkalkulation übergehen. Sie halten es dementsprechend auch für notwendig, daß die Auszeichnung der Warenpreise nur noch in Goldmark geschieht. Die Preisprüfungsstellen begrüßen die Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vom 8. Dezember 1923, nach der alle Zuschläge für Geldwertungsverfahren im Waren- und Geldverkehr bei wertbeständiger Zahlung auszuschalten sind. Da die Währung stabil ist, erklären sie derartige Zuschläge für Preiswucher im Sinne der Preisverordnungsverordnung vom 13. Juli 1923.

Dresden. (Volksparteiliche Kulturfragen) Landtagsabgeordneter Prof. Sidmann (DVP) hat dem Landtage folgende Anfragen eingebracht: 1. Anfrage. Durch eine Verordnung des Volksbildungsministeriums ist eine Anzahl von Lehrbüchern und Lehrbüchern für Geschichte „wegen ihres zum Teil für die Schulen eines republikanischen Staates nicht geeigneten Inhaltes“ verboten worden. Die von dem Verbot betroffenen Lehrbücher sind sämtlich im Unterrichte ausgezeichnet bewährt und werden von den Sachverständigen hoch bewertet. Inwiefern sie für Schulen eines republikanischen Staatswesens ungeeignet sind, hat das Volksbildungsministerium nicht nachgewiesen. Gleichzeitig werden die Lehrerverfassungen der höheren Schulen angewiesen, alle noch im Schulgebrauch befindlichen Lehrbücher, Geschichtslehrbücher und Niederbücher, auch wenn sie in der Verordnung nicht mit aufgeführt sind, einer gewissenhaften Durchsicht daraufhin zu unterziehen, ob sie für republikanische Schulen irgendeine ungeeignet sind. Lehrbücher sollen als ungeeignet befähigt werden, wenn sie Kriegsbilderungen oder Stoffe spezifisch religiösen Inhalts enthalten. Hieraus ergibt sich, daß die Durchsicht nicht nach literarischen oder pädagogischen Gesichtspunkten vorgenommen werden soll, sondern daß gemäß einseitiger parteimäßiger Einstellung den Schülern der Zugang zu den Quellen religiöser und nationaler Kräfte abgeschnitten werden soll. Durch diese Verordnung wird neue Beunruhigung in das Leben der höheren Schule hineingetragen. Besonders muß die Androhung befürchten, nach der die Lehrerverfassung dafür verantwortlich gemacht werden soll, wenn ungeeignete Bücher noch länger im Schulgebrauch belassen werden. Durch das Verbot bewährter Lehrbücher wird zudem nicht nur der Unterricht gefährdet, sondern werden auch die Eltern zu erheblichen Ausgaben genötigt, die sie in einer Zeit, in der die Beschaffung der Schulbücher ohnehin größte Schwierigkeiten bereitet, abliehen. Ist das Volksbildungsministerium bereit, dieses Verbot zurückzuziehen? — 2. Anfrage. Das Volksbildungsministerium hat in letzter Zeit wiederholt bei Befragung von Lehrstühlen der philosophischen Fakultät der Landesuniversität die Vorschläge der Fakultät nicht beachtet. So sind die Berufungen von Prof. Dr. Schneider und Prof. Dr. Sellmann in Widerspruch zu den Vorschlägen der Fakultät erfolgt, und bei Verhandlungen über die Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie sind die Vorschläge der Fakultät unberücksichtigt geblieben. Wie begründet die Regierung dies Verfahren, durch das die maßgebende Stelle des Sachverständigen ausschaltet und das Ansehen der Landesuniversität beeinträchtigt wird? Ist die Regierung bereit, bei Berufung von Hochschullehrern das Vorschlagsrecht der Fakultät künftig zu achten? — 3. Anfrage. Auf Grund von § 61 des Finanzausgleichsgesetzes hat das Reichsfinanzministerium der Regierung Reichsmittel zur Verfügung gestellt, die vorzugsweise zur Unterstützung von Privatschulen bestimmt waren. Nachdem zahlreiche angelegene Privatschulen, die um Zuschüsse nachgesucht hatten, bei der Ausschüttung der Reichsmittel übergegangen worden sind, wird die Regierung ersucht, darüber Auskunft zu erteilen, inwieweit an Privatschulen Zuschüsse gewährt worden sind und nach welchen Grundsätzen die Verteilung der Reichsmittel erfolgt ist.

(Die Verminderung der Zahl der bayerischen Ministerien) soll sich in der Weise vollziehen, daß es künftig nur ein Ministerium des Inneren, des Justiz, der Finanzen und des Kultus geben wird. Die nach dem Kriege geschaffenen drei Ministerien für Landwirtschaft, soziale Fürsorge, sowie für Handel und Gewerbe sollen wieder aufgehoben werden. Die Zahl der Abgeordneten soll so stark reduziert werden, daß der Landtag künftig statt 158 nur noch 80 bis allerhöchstens 100 Mitglieder zählt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Stresemann Pariser Gesandter?) Wie der Berliner Korrespondent des „Claires“ berichtet, soll Stresemann die Absicht haben, sich als deutscher Gesandter nach Paris zu begeben.

Berlin, 26. Dezember. Die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel haben bei ihrer neuen Weihnachtsbotschaft in Paris und Brüssel vom 24. Dezember die Vorschläge der Reichsregierung für die Herstellung eines Modus vivendi in den besetzten Gebieten näher präzisiert. Wie bereits von Agenzia, Havas und Agence Belgique gemeldet wurde, handelt es sich dabei um die Frage des Wirtschaftsverkehrs des besetzten Gebietes mit den unbesetzten Deutschland und mit dem Auslande, um Geld und Währungsfragen, insbesondere die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Notenbank, um Fragen der Rheinschifffahrt und des Eisenbahnverkehrs, sowie endlich um Fragen der allgemeinen Verwaltung und Gesetzgebung. Die beiden Geschäftsträger haben im Anschluß an die Besprechungen die Aufzeichnung über diese Frage überreicht. Der französische Ministerpräsident und ebenso der belgische Außenminister haben versprochen, die Aufzeichnung zu beantworten, nachdem eine Verständigung zwischen Paris und Brüssel und soweit auch andere Mächte beteiligt seien, auch mit diesen erzielt sei.

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. (Die Vertreter zu den beiden Sachverständigenausschüssen offiziell ernannt. Die Replo hat gestern nachmittag die Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse offiziell ernannt. Der erste Ausschuß, dem die Prüfung des deutschen Staatshaushaltes und die Stützung der Mark obliegt, ist wie folgt zusammengesetzt: England: Sir Robert Kinderley, Direktor der Bank von England, Sir Stamp Sekretär der Nobelwerke. — Frankreich: Der Beamter der französischen Hypothekbank Parmentier, Aliz Professor an der Pariser juristischen Fakultät. — Italien: Dr. Berelli Industrieller, der Professor an der Universität von Bologna Flora. — Belgien: Honorat Bankier und Abgeordneter, Francoqui Staatsminister und Vizegouverneur. Der zweite Ausschuß, der mit der Aufspürung der deutschen Auslandsguthaben beauftragt ist, enthält folgende Mitglieder: Vereinigte Staaten: Heinrich Robinson, England: Der frühere Reichskanzler Mac Penna, Frankreich: Athalin Direktor der Bank de Paris, Italien: Dr. Alberti zweiter Generaldirektor des Kredito Italiano, Belgien: Janßen, Direktor der belgischen Nationalbank. Der erste Ausschuß wird sich am 14. Januar versammeln, der zweite Ausschuß am 21. Januar.

Amerika.

Newyork, 24. Dezember. (Dieber zwei Jahre unter russischem Terror, als 2 Monate an der Ruhr.) Der amerikanische Senator La Follette, der sich im Herbst in Deutschland aufhielt, veröffentlicht über seine Reise jetzt Artikel in den amerikanischen Zeitungen, in denen er zur Befreiung des Ruhrgebietes aufführt: Die Befreiung der Ruhr durch Frankreich stellt einen Bruch des Versailler Vertrages dar. Eine wichtige Rolle bei dem Versuche, den Geist der Ruhrbevölkerung müde zu machen, spielen die Kriegsverbrechen, die funktionieren, als wenn eine Armee im Felde stünde. Ihr Verfahren ist über jedes Maß hinaus willkürlich. Es gibt weder ein geregeltes Beweisverfahren, noch überhaupt eine festgesetzte Verhandlungsweise. Der Wille eines französischen Offiziers entscheidet über das Urteil. Der Terror der Kriegsverbrechen wird noch vermehrt durch die Tätigkeit der geheimen Polizei, deren System dasselbe ist, wie das der russischen Tschekas. Liebeswerke aller Art in jeder nur erdenklichen, schändlichen Weise gestört worden, zum Beispiel sind Medikamente für Kinderhospitäler von den französischen Zollbehörden unter mannigfachen Vorwänden zurückgehalten worden. Nicht wird so lange unterwegs angehalten, bis sie ungenießbar geworden ist. Oft sind Ausreise-Erlaubnisse für tuberkulöse, alte oder gebrechliche Leute verweigert worden, obwohl ihnen in einem Sanatorium außerhalb der Ruhr hätte geholfen werden können. In einem von mir persönlich untersuchten Fall hat ein Untergebener den von einem höheren Offizier ausgestellten Schein einfach zerrissen. Als dagegen protestiert wurde, erwiderte ein junger französischer Deutscher: „Diese Deutschen müssen sterben. Sie können sich ja auch daran gewöhnen, im Ruhrgebiet zu sterben.“ Der Verfasser zieht hier auch das Urteil einer Schwedin heran und erklärt: Ich bin in Rußland gewesen und ich bin an der Ruhr gewesen, aber ich sage aufrichtig, daß ich lieber zwei Jahre in Rußland unter Terror und Hungersnot leiden würde als zwei Monate an der Ruhr.

Griechenland.

(Benegielos Rückkehr.) Man erfährt, daß Benegielos sich am 20. Dezember nach Griechenland zurückbegeben wird. Er beabsichtigt, vorübergehend am politischen Leben seines Vaterlandes wieder teilzunehmen.

Ein Weihnachtsgruß des Reichkanzlers Marx.

Berlin, 26. Dez. Der Reichkanzler Dr. Marx richtet durch Radiospruch einen Weihnachtsgruß an das deutsche Volk, indem er zunächst dem Auslande seinen Dank dafür ausspricht, daß es mit der Not des darbenenden deutschen Volkes Verständnis und Mitleid empfindet und noch Kräften zur Linderung der Not in Deutschland beiträgt. Er gedenkt weiter der deutschen Landsleute, die heute noch in Gefängnissen schmachten, weil sie ihr Vaterland nicht verraten wollten, der Beamten und Bürger, die aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, sowie der Not des deutschen Mittelstandes, der Beamten, Arbeiter und der vielen Erwerbslosen und Kurzarbeiter im unbesetzten Deutschland und besetzten Gebiet. Beamtenabbau und Erschließung neuer Steuerquellen seien die wenig erfreulichen Gaben, die die deutsche Regierung dem Volke auf den Weihnachtstisch lege. Sie seien aber notwendig geworden, wenn der Staat gerettet werden soll. Zu den inneren Maßnahmen aber müsse eine Gesundung der deutschen Verhältnisse von außenher treten. Das deutsche Volk wolle Reparationen leisten nach Maßgabe seiner Kräfte. So lange aber die wirtschaftliche Arbeit unter dem Druck von Bajonetten stehe, so lange könne sie nicht erfolgreich und verdienstbringend gestaltet werden. Seinen Weihnachtsgruß schließt der Kanzler mit folgenden Worten: „Wir haben erneut unseren Willen zu ehrlischer opfervoller Verständigung bekräftigt. Mit uns richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dorthin, wo es sich erweisen muß, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir sind ein besiegtes Volk, aber ein großes Volk das leben will, weil es ein Recht auf Leben, Arbeit und Wohlstand hat! Wir erwarten von der Gegenseite das offene ehrliche Wort der Bereitwilligkeit zur Verständigung. Wir erwarten aber vor allem endlich eine Tat der Verständigung. Es geht nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal, es geht um den Frieden, um die Ruhe ganz Europas. Wir Deutsche wollen die Zähne zusammenbeißen und uns sagen, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm oder reich, zur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln!“

Die Sozialisierung marschiert — rückwärts!

Aus den „Mitteilungen des Deutschen Industrie- und Gewerbeverbandes“.

Die sächsische Regierung legt jetzt dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, nach dem die sächsischen staatlichen Stein- und Braunkohlenwerke, Elektrizitätsüberlandzentralen und Kohlenbaurechte an eine Aktiengesellschaft „Sächsische Werke“ übergehen sollen. Sämtliche Aktien sollen im Besitze des sächsischen Staates bleiben. Damit es mit der Sache ja recht rasch geht, hat sie inzwischen, also noch ehe der Landtag Stellung genommen hat, die Gründung der Aktiengesellschaft bereits durchgeführt. Sie soll, wenn der Landtag nicht zustimmt, rückgängig gemacht werden. Jedenfalls hat man es also ziemlich eilig.

Begründet wird die Vorlage damit, daß auf diesem Wege die Gelder, die zum Ausbau der Werke auf die in Aussicht genommene Leistungsfähigkeit erforderlich seien, leichter beschafft werden könnten, als wenn es sich um rein staatliches Eigentum bei den Werken handele. Das ist natürlich nur Finte. Denn bei den vor noch nicht so langer Zeit ausgelegten Anleihen für die Elektrizitäts- und Kohlenwerke fand eine starke Ueberzeichnung und vorzeitiger Zeichnungsschluß statt. (Wievollst meint die Regierung, daß die Kapitalbesitzer jetzt anderer Meinung sein könnten, nachdem inzwischen bekannt geworden ist, wie der verflozene kommunistische Finanzminister Bötzger mit Staatsgeldern umzuspringen beliebte.) Die Hauptsache, weswegen man die Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln beabsichtigt, ist jedenfalls — darüber haben auch die früheren Verhandlungen im Landtage über die staatlichen sogenannten „werbenden“ Unternehmungen keinen Zweifel gelassen — daß auch der verbliebenste Sozialdemokrat und Kommunist inzwischen einsehen gelernt hat, daß die privatkapitalistische Betriebsweise der Bewirtschaftung als staatlicher Betrieb weit überlegen ist, daß diese letztere unsehlbar zum wirtschaftlichen Untergange der Betriebe führt. Nur noch humoristisch kann es wirken, wenn bei Besprechung der Vorlage im Landtage (der Vorlage also, die von der Partei als Regierung selbst eingebracht ist) der Abg. Banghofs als Sprecher der Sozialdemokraten erklärt: „Meine Fraktion wird dem Gesetz zustimmen, ohne den Gedanken preiszugeben, daß sich die kapitalistische Betriebsweise notwendig in eine sozialistische umgestalten muß!“ (Das soll nur das Blamable des ganzen Vorganges für die Partei mildern und die etwa noch gläubigen Genossen beruhigen.) Es ist ein böser Witz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet das Sozialisten- und Kommunisten-Paradies Sachsen sich so gänzlich vom Sozialistengebanten abwenden und dafür zum schroffsten Gegenteil, Bewirtschaftung seiner eigenen Betriebe in der Form einer Aktiengesellschaft, also der höchstentwickelten Form privatkapitalistischer Betriebsweise, übergehen muß. Vor wenigen Jahren noch hatte die sächsische Regierung eine besondere Stelle

für S
in Dre
Neben
lischen)
diese U
der sie
er dan
nach
halb,
Bayer
Ausgab
der
leben
den R
ruhig
von de
schung
unheim
war be
Mittel
und
Mensch
Teil,
Jahre
diesem
das ist
Dörfer
vollstän
kommun
Heimat
größt
gen
keine p
gar nicht
5 Jahr
neues
schiffe
gerettet
es: „A
Ba
früh d
sicht, d
Schritte
ler dur
Berlin
Der die
glaubt
Bespre
Poinca
Ruhr i
zu stell
Kontrol
schliche
Erlaich
und
führen.
Die S
D
lung g
für Dr.
abwies
Der
28)
Grund,
In die
Zustand
dieser
in den
Last un
D
kann u
schlepp
U
dauernd
9
einem
D
auf für
einem
haben.
D
sie vor
Liebe
Gärtner
und tro
und sch
Frau
gehabt
wefen.
tuchelt
wohl
war vor
tung gl
nachhab.
Friedho
und den

für Sozialisierung eingerichtet, sah der Dr. Neurath in Dresden, um ein für und fertiges Programm der Überführung aller Betriebe (also nicht nur der staatlichen) in sozialisierte aufzustellen. Genügt haben diese Utopikerinnen niemandem, außer dem Dr. Neurath, der sie natürlich sehr begünstigt erhalten hat. Weil er seine Sache in Sachsen so gut gemacht hatte, wurde er dann von der damaligen Sozialrepublik Bayern nach München berufen, dort hat man ihm aber sehr bald, nachdem wieder vernünftige Verhältnisse in Bayern hergestellt waren, den Laufpaß gegeben unter Auszahlung eines vollen Jahresgehaltes, so daß sich der Dr. Neurath mit seinen Sozialisierungsrezepten jedenfalls recht wohl befunden hat. Bewirkt ist worden sind sie nirgends und es ist überhaupt völlig ruhig geworden von der Sozialisierung, aber die und von der in der Mainländer sozialistischer Staatsbeherrschung täglich an allen Ecken und Enden geredet und unheimlich viel geschrieben wurde. Die Sozialisierung war bekanntlich damals ein ebenso starker wirkendes Mittel gegen Zahnschmerzen wie gegen die Wohnungs- und Finanznot und alle sonstigen Gebrechen der Menschheit. Die Menschheit und mit ihr auch der Teufel, der sich zum Sozialismus bekennt, ist einige Jahre älter und ausnahmsweise, wie es scheint, in diesem Falle auch entsprechend weiser geworden. Und das ist recht erfreulich. Nur noch in ganz entfernten Dörfern, in denen fast alle Verbindungen mit der Zivilisation fehlen, darf es hin und wieder noch ein kommunistischer Redner wagen, die Sozialisierung als Heilmittel zu empfehlen. In den Versammlungen der großstädtischen Arbeiter und derjenigen in den Industriezentren lassen sich mit dem Sozialisierungsmantra keine politischen Gespräche mehr machen. Nichts, rein gar nichts ist übrig geblieben von alledem, womit vor 5 Jahren die Sozialdemokratie auszog, um ein völlig neues Weltbild zu schaffen. Mit tausend Waffen schiffte in den Ozean der Jüngling, längst ist sein auf geretztem Boot der Greis zurückgekehrt, und jetzt heißt es: „Auf dem Dache sitzt der Greis...“

Von den besetzten Gebieten.

Freigabe der Ruhr-Eisenbahnen.

Paris, 26. Dez. In Paris ist man, wie heute früh das „Echo de Paris“ ausdrücklich betont, der Ansicht, daß die deutsche Regierung zumal mit ihrem letzten Schritte die Absicht hatte, die rheinländischen Sonderländer durch die Eröffnung zweier Verhandlungen zwischen Berlin und Paris ohne ihre Heranziehung zu entmündigen. Der diplomatische Berichterstatter der „Chilago Tribune“ glaubt zu wissen, daß, wenn die französischen deutschen Besprechungen einen günstigen Fortgang nehmen werden, Poincaré bereit ist, Deutschland die Eisenbahnen der Ruhr und des Rheinlandes wieder voll zur Verfügung zu stellen. Frankreich behält sich indessen die formelle Kontrolle über das Transportsystem vor. Weiter beachtliche der französische Ministerpräsident eine wesentliche Erleichterung des an der Grenze zwischen besetztem und unbesetztem Gebiet errichteten Zollsystems herbeizuführen.

Die Strafanlage im Düsseldorf Schupoprojekt.

Düsseldorf, 27. Dez. Ja der gestrigen Verhandlung gegen die Schupo beantragte der Anklagevertreter für Dr. Schürner wegen Mordes die Todesstrafe, für die abwesenden Angeklagten Oberleutnant Beyr, Ober-

leutnant Bodenstein, Polizeikommissar Esser lebenslängliche Zwangsarbeit, für Oberleutnant Pohl, der die Hauptverantwortung trage, beantragte er Zwangsarbeit, gleichfalls für Hauptmann Pfeffer. Für Oberleutnant Gübner und Hauptmann Paslad wurde vom Ankläger die Anklage auf Totschlag fallen gelassen. Für Leutnant Bogt wurde die Anklage nicht aufrecht erhalten. Bezüglich der Schupo überließ der Ankläger die Strafmessung dem Gericht. Etwas habe einen Franzosen mißhandelt und eine exemplarische Strafe verdient. Für den städtischen Polizeikommissar Krieg beantragte der Anklagevertreter eine hohe Gefängnisstrafe, für den Staatssekretär Neukirch ließ er wegen nicht genügender Beweise die Anklage fallen.

Das Steuerprogramm ist außerordentlich hart!

So sagte der Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Die „Baseler Nachrichten“ veröffentlichten ein Interview ihres Berliner Berichterstatters mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage Deutschlands. Der Minister bezeichnet die Finanzlage des Reiches als außerordentlich ernst, stellte aber fest, daß sich die Reichsausgaben in der ersten Dezemberhälfte gegenüber dem Monat November wesentlich verringert haben. Zu den Steuereinnahmen bemerkte Dr. Luther, daß bei ihrer Beurteilung vor allem berücksichtigt werden müsse, daß die Einnahmen aus dem reichsten Gebiete Deutschlands seit Anfang d. J. nur sehr dürftig fließen. Trotzdem aber biete diese Einnahmensituation des Reiches ein erfreuliches Bild dank der anhaltenden Stabilisierung des Marktkurses. Das neue groß angelegte Steuerprogramm sei außerordentlich hart, aber die Not des Landes, die der Ursprung der neuen Steuern sei, wiege schwerer, als mancher an sich berechnigte Grundsatze. Charakteristisch für die neuen Steuern sei die Zahlung in Goldmark und die Verbindung eines tragbaren Tarifs mit einer strengen Erfassung der Goldwerke. Dr. Luthers Erklärungen schlossen nach den „Baseler Nachrichten“ mit folgenden Worten: Die Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist außerordentlich schwer und wird der größten Anstrengung aller Kräfte bedürfen, um dem gesetzten Ziel nahe zu kommen. Vor allem haben wir es mit den unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten zu tun, die vor allem darauf beruhen, daß die Einnahmen aus den Steuern und die Ausgaben zeitlich auseinanderfallen, daher auch die Verzögerung in der Auszahlung der Beamtengehälter für die zweite Dezemberhälfte. Grundvoraussetzung für das Gelingen des Planes ist freilich, daß wir die Stabilisierung der Mark auch weiterhin aufrecht zu erhalten vermögen. Wenn auch eine endgültige Lösung des Problems ohne tätige Mithilfe des Auslandes nicht erreicht werden kann, so werden wir doch alles tun, was in unseren Kräften steht, um die Schwierigkeiten zu überwinden. Angesichts ihrer selten großen Erfahrung und ihres großen Ansehens in den Stellen, die sie inne hätten, würde es schwer gewesen sein, eine bessere Kombination zu wählen.

Friedensmieten ab 1. Februar.

Beschlüsse des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett genehmigte in seiner Sonnabend Sitzung eine Verordnung zur Änderung des

Mieterschutzgesetzes und des Wohnungsmangelgesetzes und stimmte unter anderem dem Entwurf einer Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege unter Berücksichtigung der Wünsche des Fünftehner Ausschusses des Reichstages zu.

Nach den Angaben des Berliner Sozialblattes soll die Absicht bestehen, das sogenannte Goldmietengesetz (Hox mit Wirkung vom 1. Januar 1924 in Kraft zu setzen und es so zu fördern, daß es schon vor dem 16. Januar als Ermächtigungsverordnung herauskommt. Wirksam soll es werden vom 1. Februar ab. Angeht es soll der Inhalt folgender sein:

Alle öffentlich-rechtlichen Hauslasten, wie Grund- und Gebäudesteuern, Wasserzins, Müllabfuhr, Straßenreinigung usw., kurzum, alles bisher durch Umlage bei den Mietern Erhobene, soll weiter auf die Mieter umgelegt werden. Die anderen Bestandteile der gegenwärtigen gesetzlichen Miete aber, d. h. Verwaltungs- und Instandhaltungskosten (einschließlich der Grundmiete) sollen in einem Betrage zusammengefaßt und so aufgehört werden, daß die Gesamtmiete (also fester Bestandteil und Umlagen) — jetzt ein Sechstel bis ein Fünftel der vollen Friedensmiete gleich sein soll.

Den Bedenken, die namentlich in Beamtenkreisen gegen solche sprunghafte Rückkehr zur Friedensmiete bestehen und auch seitens der Ministerien erhoben worden sind, plant die Regierung dadurch Abhörung zu tragen, daß die Beamten entsprechende Wohnungsgeldzuschüsse erhalten sollen. Irgend eine bestimmte Erklärung, ob diese Angaben richtig sind, liegt nicht vor.

Neueste Meldungen.

Ein Stresemann-Dementi.

Berlin, 27. Dez. Nach dem „Montag-Morgen“ denkt Dr. Stresemann nicht daran, seinen Ministerposten mit dem Pariser Botschafterposten zu vertauschen Berliner Pressestimmen zur Kanzlerkündigung.

Berlin, 27. Dez. Die durch Radiosunt verbreitete Kanzlerkündigung bezeichnet der „Berliner Sozialanzeiger“ als einen persönlich abgegebenen Appell an die ganze Welt und hebt die politische Tragweite derartiger mittels Radio gehaltenen Reden hervor. Der „Vorwärts“ bemerkt: Zum ersten Mal hat man in Deutschland das technische Hilfsmittel, das in England und Amerika sehr viel benutzt wird, gebraucht, um so das für politische Zwecke gesprochene Wort weit in das Land hinaus klingen zu lassen. Die Rede enthielt wichtige politische Momente.

Wie der Kanzler Radio sprach. — Die Radiorede der Parlamentarier.

Berlin, 27. Dez. Der Kanzler besand sich am ersten Weihnachtsfeiertag in den Räumen der AEG (Radio-Stunde) ein, trat hier vor das Mikrophon und begann sofort zu sprechen. Durch das Mikrophon wurden die Ausführungen des Kanzlers auf die Telefontast der Reichstelegraphenverwaltung übertragen und somit nicht nur in demselben Augenblick in allen größeren Städten Europas, sondern da die Witterungsverhältnisse außerordentlich günstig waren, auch in Amerika gehört. Nachdem der Kanzler seine Weihnachtsansprache erledigt hatte, ergriff der Reichstagsabgeordnete Dr. Scholz (DVP) das Wort: Die deutsche Weihnacht 1923 bringt weder Friede auf Erden noch

Der Weg der Schwester Hanna

Roman von Viola Landt.

„Und doch ist es noch ein anderer, ein weit triftiger Grund, der mich zwingt, das Leben von mir zu werfen. In diesen letzten Tagen erst erhielt ich Klarheit über meinen Zustand. Ich konsultierte einen berühmten Facharzt, und dieser erklärte mir die Unheilbarkeit eines Lebens, das mir in den kommenden Jahren viel Ungemach und dir sehr viel Last und Plage gebracht haben würde.“

„Was nützt es da, wenn ich neunzig Jahre alt werden kann und doch meine Tage in ewigem Säckelium dahinschleppe.“

„Und sollst du deine blühende Jugend verketten mit dauernder Kränklichkeit, mit Schmerzen und Beschwerden? Nein, meine Hanna, dazu habe ich dich zu lieb. Vor einem solchen Schicksal will ich dich und mich bewahren. Du bist jetzt frei, und dein Weg soll dich weiter bergauf führen. Beweine mich nicht und scheue nicht zurück vor einem Liebesglück, auf das deine Jahre noch Anspruch erheben.“

Hannas Hände fielen kraftlos herab, erschüttert starrte sie vor sich hin. Liebesglück...! Ach, ihr war nicht nach Liebe zu Mut! Heiße Tränen rannen über ihre Wangen. Das Mädchen trat ein mit einem Auftrage. Der Gärtner wünschte Anordnungen. Schwankend erhob sie sich und trocknete hastig ihre nassen Wangen.

„Ich komme“, sagte sie mit ganz verweinter Stimme und schloß die Dokumente wieder ein.

Erstkaum sah ihr das Mädchen nach. Die gnädige Frau schien den Herrn Kommerzienrat doch aufrichtig lieb gehabt zu haben, trotzdem er so viel älter und kränklich gewesen. Das Gefinde und die Leute hatten schon allerlei Gerüchte von der vielumwobenen jungen Witwe, die jetzt wohl Aussicht hielt nach einem zweiten Gemahl. Das war voreiliges Geschwätz. Und ein Ausdruck von Ehrerbietung glitt über die Züge des Mädchens, als es Hanna nachsah.

19. Kapitel.

Frau Hanna Rosenow kehrte von einem Besuch des Friedhofs heim. „Es ist Besuch da“, meldete die Jose, die ihr Mantel und den langen, schwarzen Kreppschleier abnahm. „Fräulein

Höfner erwartete die gnädige Frau und möchte mit Ihnen sprechen.“

„Gut, so bringen Sie den Kaffee in mein Zimmer.“ Mit freudig aufleuchtender Miene begrüßte Hanna die jüngere Schwester, die sie erwartete. Grete Höfner war ein stattliches junges Mädchen geworden; sie besuchte jetzt die Kunstgewerbeschule und erzählte von ihren Fortschritten.

„Und hier, die ersten, weißen Narzissen. Ich habe sie in eine Vase gestellt. Sieh her.“ Sie wies auf einen Strauß der sich bückenden, weißen Blütenkelche, der ersten Sendboten des Frühlings.

„Wie die Zeit im Fluge hingegangen ist.“ Hanna starrte vor sich hin. „Nun ruht mein armer Mann ein Jahr fast schon unter der Erde.“

„Und dann dachte sie daran, daß sie dieses Jahr fast tatenlos verblüht hätte.“

„Du mußt mal aus allem heraus, Hannchen“, sagte die jüngere Schwester. „Du verkrümmst dich hier, vertrauere dein Leben in völliger Einsamkeit. Du solltest reisen. Deine Mittel erlauben es dir ja.“

Hanna lächelte. Ja, ihre Mittel erlaubten es ihr. Freix Rosenow hatte einigen Verwandten ein paar Legate ausgehändigt, im übrigen war sie Unterfahlerin seines großen Vermögens.

„Und dann... nimmst du mich mit“, bettete das junge Mädchen. Nun war das Wort heraus, das all seine junge Sehnsucht einschloß.

Hanna versprach der Schwester willig eine größere Sommerreise.

„Ich habe noch etwas auf dem Herzen“, bekannte Grete und schmeigte sich mit bittenden Gebärden in Hannas Arme. „Also —“

„Also schied los!“

„Die Frau Grohmann steht unten, Ecke Hohenstaufen-Allee... Sie möchte dir so gern mal guten Tag sagen und deine Wohnung ansehen.“

Ueberrascht sah Hanna auf. Von diesem Wunsche war sie nicht sonderlich erbaut. Sie sorgte liebevoll für die Jüngling, im übrigen mißte sie jede Verbindung mit den Angehörigen jener Klasse, der sie früher angehörte. Nicht etwa aus Hochmut; sie fürchtete, Beobachtungen und Vergleiche könnten Unzufriedenheit stiften. Aber schließlich, die Groh-

mann war ein kreuzbraves altes Weib, mochte sie schließlich kommen.

„Und sie kam. Sie sah schon um sich, wagte kaum aufzutreten, betippte alles mit den Fingerpitzen und sagte immer wieder: „Wie fein, wie fein! Dann setzte sie sich ziemlich verschüchtert und vorstichtig auf die Kante eines Stuhles.“

Hanna fragte sie nach ihren Familienangehörigen, aber die Grohmann gab zerstreute Antworten. Und endlich sagte sie sich Mut und rüchete mit ihrem großen Anliegen heraus: sie wollte Hanna die Karten legen.

„Aber das ist doch ein großer Unfug, liebe Frau Grohmann.“

Nun entkräftete sich die Alte. Ob das große Glück und das viele Geld, das sie Hanna vorausgesehen habe, etwa nicht eingetroffen wäre.

Hanna lächelte fein. Uha, die Frau Grohmann wollte belohnt sein für diese Weissagung, das war der Zweck der Werbung. Und so schenkte sie ihr freudvolle Worte und versprach, sie nachher einmal nach ihren Kleiderdrängen zu fahren, da könne man einmal nachsehen, was an Mänteln und Jacken auszurangieren sei.

Die Grohmann bedankte sich wortreich, ließ sich aber im übrigen nicht abweisen, sie kramte in ihrem abgegriffenen alten Ledertaschen und zog ein vergilbtes Kartenspiel daraus hervor.

„Nur neun Karten ziehen muß die Frau Rosenow, nur neun Karten.“ Sie rebete Hanna jetzt in der dritten Person an.

Lächelnd tat ihr Hanna den Gefallen und breitete die Karten auf dem Tische aus. Und die Alte wurde plötzlich munter und gesprächig. Das kam, sie plätscherte in gewohntem Fahrwasser.

„Ein Todesfall, aber der liegt schon hinter der Frau Rosenow, und da liegt ein Arzt und eine Gerichtsperson. Und viel Geld mit der Gewißheit. Und eine Erbschaftsangelegenheit. Und da ist der Glücksstube. Und daneben der Herr, der ist der Frau Rosenow sehr angetan mit Herz und Gedanken. Da liegt die Karte. Ein blonden Herr liegt ans Haus, und die Liebeskarte liegt daneben.“

„Ich kenne gar keinen blonden Herrn, liebe Frau Grohmann“, wehrte Hanna ab.

Schluß folgt.



den Menschen ein Wohlgefallen. Von außenher die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln, im Innern fast untragbare Lasten und doch sind hier und da gewisse Ansätze zur Besserung erkennbar. Reichstagsabgeordneter Dr. Fleischer (Zentrum) wies auf den Zwiespalt zwischen Ideal und Wirklichkeit, zwischen dem Fest des Friedens und der friebleren Welt hin. Der Vorsitzende der demokratischen Partei Abg. Erlelenz betonte in seinem Redaktionspruch: Die Hauptquelle unseres Schicksals liegt im Auslande, insbesondere in Frankreich. In erster Linie müssen wir uns alle Deutsch fühlen.

Die neue Hilfspolizei.

Dresden. Vom Wehrkreiskommando wird uns mitgeteilt: Die sächsische Polizei verfügt schon seit längerer Zeit über eine große Zahl von Stellen. Diesem Schwächezustand ist es zum Teil zuzuschreiben gewesen, wenn an den vergangenen Monaten an vielen Orten die Sicherheit des friedlichen Bürgers, der Schutz von Privateigentum und Gütern aller nicht genügend gewährleistet war.

Die zur Hilfe entsandte Reichswehr hat da, wo sie eingesetzt wurde, Wandel geschaffen und das Gefühl für Ruhe und Ordnung neu gestärkt. Jetzt nach ihrer Abberufung in ihre Standorte übernimmt die Polizei in erster Linie alle Aufgaben zur Sicherung von Ruhe und Ordnung. Um ihre geringe Stärke zu erhöhen, die Fehlstellen bis zur Heranbildung ausreichenden Polizeifolges auszugleichen ist von dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in Sachsen eine Hilfspolizei aufgestellt worden.

Diese Hilfspolizei setzt sich aus allen Kreisen der Bevölkerung zusammen. Sie ist auf überparteilicher Grundlage gebildet. Sie steht fest auf dem Boden der Verfassung. Ihr Leitwort soll sein, dem Vaterlande und der Allgemeinheit in der jetzigen bittersten Zeit zu dienen und Kurieren, die die Not nur noch größer machen können unbedingt zu verhindern.

Die Führung der Hilfspolizei liegt in der Hand von Polizeiführern, teils von Polizeioffizieren, teils von Beamten im Polizeiwachmeisteramt. Sie trägt die Uniform der Landespolizei, dazu die frühere Kopfbedeckung der Landespolizei, dem Tschako, wie er aus dem Frieden von den Jägern her bekannt ist. Zum

Unterschied von der Landespolizei werden bei der Hilfspolizei von den Angehörigen der Wachmeisterklasse als Dienstgradabzeichen, keine Schultergepfechte, sondern silberne Sterne vorn am Krager getragen. Aufstellungsorte für die Hilfspolizei sind Dresden, Leipzig, Chemnitz, Zwickau, Plauen, Glauchau und Riesa.

Mit Rücksicht auf die fehlende polizeiliche Vorbildung wird die Hilfspolizei im Allgemeinen nicht im polizeilichen Einzeldienst verwendet. Sie bildet einen Rückhalt für die bestehende Polizei, die so in größerem Umfange zum Außendienst verfügbar wird. Sie ist außerdem eine starke Reserve in der Hand der Staatspolizeiverwaltung, der sie unmittelbar unterstellt ist, um schnell in Städte und Teile des Landes verlegt zu werden, wo besonders polizeilicher Schutz nötig wird.

Polizeilichen Schutz gewähren zunächst wie bisher die Polizeibehörden der Städte und die Amtshauptmann- bzw. Kreishauptmannschaften mit den ihnen zur Verfügung stehenden Polizeikräften. An diese Stellen sind in erster Linie Anforderungen auf polizeilichen Schutz zu richten. Eine Unterstützung durch weitere Polizeikräfte — Hilfspolizei — kann und wird auf Antrag vorgenannter Stellen, aus eigener Entscheidung der Staatspolizeiverwaltung oder auch auf Anweisung des Wehrkreiskommandos überall dort gewährt werden, wo besonders Hilfe nottut.

Ungeachtet dieses Polizeifolges im Land bleibt dem Inhaber der vollziehenden Gewalt in der Reichswehr das stärkste und letzte Mittel, die Ruhe und Ordnung im Lande herzustellen. Die Reichswehr kann und wird auch weiterhin überall dort, wo Willkür und Gewalt durch Polizeieinsatz nicht niedergehalten werden können, eingesetzt werden.

Eingefandt.

In dem Artikel „Die Sorgen der Beamten“ im Pulsnitzer Wochenblatt vom 20. 12 sind Anrichtigkeiten enthalten, die geeignet sind, das Verhältnis der Beamten zu den Angehörigen der freien Berufe — nicht gerade zum Vorteil der Allgemeinheit — ernstlich zu trüben. Die Angaben können daher nicht unbedenklich bleiben. Wenn behauptet wird, die Beamten hätten im vergangenen Jahre unter der Geldentwertung sehr viel weniger zu leiden gehabt als alle anderen Berufsrichtungen, so ist das eine Verdrehung der

Tatsachen, die sehr durchsichtig ist und richtig gestellt werden muß. Das Beamtenvermögen hat immer am Vierteljahrserken kaum den vierten Teil des Friedenseinkommens — bei den höheren Beamten sogar nur den 6. bis 8. Teil erreicht, es blieb meist hinter den Angestelltengehältern zurück und war zudem in kurzer Zeit vollständig entwertet, so daß Nachzahlungen notwendig waren. Außerdem mußte der Empfänger, wenn er von Beamtenbesoldungsfragen überhaupt etwas verstand, wissen, daß Lehrer, Staats- und Gemeindebeamte nicht ein einziges Mal das Gehalt $\frac{1}{4}$ Jahr im Voraus erhalten haben. Es war zwar im Landtag beschlossen, kam aber nicht zur Ausführung. Obwohl das schon längst öffentlich festgestellt ist, wird es doch immer wieder verschwiegen. Auch die Presse hat sich das Abkommensgeld im Voraus bezahlen lassen und hat trotzdem mehrmals im Monat Nachzahlungen verlangt. Der Beamte aber sollte wohl fertig bringen, was allen anderen Berufsrichtungen nicht gelang? Das die Beamten — hauptsächlich die unteren und mittleren — vor dem Kriege im Überfluß geschwelgt hätten, wird wohl selbst der Artikelschreiber nicht behaupten wollen. Er mag ein Jahr lang vom Gehalt eines unteren oder mittleren Beamten leben, dann wird ihm die Luft, derartige Gehälter zu schreiben, gründlich vergehen. Die Behauptung, die Beamten hätten größere Anschaffungen machen können, ist Hohn bei der bittersten Lage. Wer hat die Vergütungen und die Wirtschaften besucht, wer hat in den Fleischerläden gekauft und Schlachtfeste zu Hause veranstaltet? Die Beamten sicher nicht! In manchen Städten war die Arbeitslosenunterstützung höher als das Einkommen eines Beamten der Gruppe VI. An den hohen Steuern soll der Beamte auch schuld sein — wohl weil er nicht ganz umsonst arbeitet? Nun der Beamte hat seine Steuern redlich bezahlt. Ehe er sein Gehalt in Empfang nimmt, werden ihm die Steuern abgezogen. Es scheint, als hätte der Artikelschreiber dagegen auch im Genus der besonderen Veranlagung gestanden, die dank der vortrefflichen Gesetzgebungsmaschinerie die Steuer zur Lächerlichkeit werden ließ. Die Substanz der Beamten — die Sparsumme der Vorkriegszeit — ist schon lange ausgezehrt. Jetzt geht es an die Substanz des eigenen Körpers. Sobald der Beamte das zum Leben Nötigste verlangt, soll jedesmal das Reich zugrunde gehen! Das alte Schreckmittel. Als aber die Lebensmittelpreise usw. auf die 4-5fache Höhe der Vorkriegszeit stiegen, hörte man nichts davon und doch wurde die Allgemeinheit ungleich stärker belastet, als durch eine kleine Aufbesserung der Beamtengehälter. Wahrhaftig, das Los der Beamten braucht nicht den Reiz der Anderen zu erregen, und nun gar noch Hohn dazu! Das müßten sich die Beamten verheßen halten. Auch die Presse, die sich an der Beamtenhege beteiligt, hätte alle Ursache, zunächst einmal an sich zu denken. Das Reich hat genug für sie getan — siehe Rückvergütungskasse und Postvertrieb —, und dabei kosten die Zeitungen noch den vierfachen Vorkriegspreis. Solche Artikel, wie der in Rede stehende, würden zweckmäßig nicht veröffentlicht. Sie bringen nur Zwietracht und Mißtrauen in die Bevölkerung, während ein Zusammenarbeiten aller Kräfte bitter not tut. Gerade die bürgerliche Presse, die ja immer Zurückstellung von Sonderinteressen und Zusammenschluß aller bürgerlichen Kreise predigt, sollte ihre hauptsächlichste Aufgabe — Zusammenarbeit aller Volkkräfte — erkennen und darnach handeln.

Pulsnitzer Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes.

(Anmerkung der Redaktion: Da die Redaktion Zeilen zu Worte kommen läßt, bringen wir diese Erwiderung zum Ausdruck. Aber was der Schreiber dieser Erwiderung alles zwischen den Zeilen liest, wird der Artikelschreiber des Artikels „Beamtenfragen“ nicht beabsichtigt haben. Wir werden ihm diese Erwiderung zur Kenntnisnahme zusenden. — Wir empfehlen dem Schreiber dieser Erwiderung, ja die Presse in Frieden zu lassen. Wenn er schreibt: „... das Reich hat genug für sie getan“, so ist das Hohn und kann nur ein Laie schreiben, der vom Zeitungsgewerbe keine Ahnung hat oder nicht haben will.)

Sport | Turnen | Spiel

Turnen.

Abbau und Aufbau. Der „Deutschen Turnzeitung“ Nr. 51 entnehmen wir folgenden Aufsatz: Zwei Schlagwörter, die unsere Zeit regieren, Ueberschüssiges Abbauen, Grundlegendes Aufbauen! Das ist die Lösung nicht nur des Reichskabinetts, nein, auch des Volkes. Alles, was nicht unmittelbar Werte schaffende Arbeit ist, muß heute doppelt scharf auf seine Berechtigung geprüft werden. Ist daher ... der Sport abzubauen oder aufzubauen? Die Frage verdient eine besondere Beantwortung, denn Volk und Regierung sind sich noch nicht darüber klar. Nur die Jugend weiß es. Die Reichs- und Staatsbehörden haben in der Unterstützung der Turntage angesichts der Wirtschaftskatastrophe nahezu versagt. Zwar geben sie weiterhin Unterstützungen. Ihr Realwert ist aber nur ein Bruchteil von dem, was sie früher geben wollten, noch weniger von dem, was sie vor dem Kriege taten, nichts im Vergleich zu dem, was sie anderen Bewegungen zumommen lassen. Zweifellos besteht in den zuständigen Stellen der beste Wille, die Verhältnisse wurden übermächtig. Jetzt heißt es, sie von neuem zu prüfen. Wenn Sport Luxus ist, möge er gründlich abgebaut werden; wenn er Kulturwert hat, möge er ebenso entschlossen gefördert werden. Der Sport — ich verstehe darunter Reibebildung — ist Aufbaugut, so sage ich. Er ist in der Schulzeit wichtigste Ergänzung unserer reinen Geistesbildung, die uns wissenschaftliche, aber im Charakter unentwickelte Jünglinge liefert. Nach der Schule ist es das einzige Erziehungsmittel, das der Staat noch in der Hand haben könnte. Daß der heutige Fortbildungsschulunterricht wohl eine Unterrichtsgelegenheit, aber keine Erziehungsmöglichkeit ist, wird sicher zugegeben werden. Wenn die Reichsregierung und die Länder die Jugend vor den körperlichen Schäden der Schreibstube und Fabrikarbeit bewahren, dem Zigarettenrauchen und Schnapsstrinken entzöhen, sie arbeitswilliger, naturfroher, sozial einsichtiger und zu gesunden Vaterlands- und Wehrvolk heranbilden wollen, dann möge Turnen, Sport und Wandern als Aufbauarbeit anerkannt und planmäßig gefördert werden. Dies geht nur durch viel Geld; denn Sport- und Spielplätze bauen und dadurch die Krankehäuser entzöhlen, ist Aufbau; Schwimmunterricht geben und damit die Erkältungskrankheiten verringern, ist Aufbau; Spielen lassen und damit die Streitlust bannen, Handeln lassen und damit die Redeflut dämmen, ist Aufbau. Statt Kranke Gesunde, statt Schwächliche Kräftige, statt Schwandende Tatlustige, statt Politisierende Arbeitende, statt Mißvergnügte Frohgemute schaffen, das vermag der Sport. Das ist Aufbau, den wir brauchen. Carl Diem.

Kirchen-Nachrichten.

Pulsnitz.

Freitag, 28. Dezember, nachm. 5 Uhr Singstunde des Kindergottesdienstes. — Sonntag nach Weihnachten, 30. Dezember: $\frac{1}{4}$ 9 Uhr Abendmahl; 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Ehrler. Jünglingsverein Pulsnitz: Jungentreffen mit Lichtweihnachten. 7 Uhr Weihnachtsfeier des Jungfrauenvereins Pulsnitz. — Montag, 31. Dezember, 6 Uhr Sylvestergottesdienst, anschließend Abendmahlfeier; Pfarrer Schulze. (Kirche geheizt.) In D h o r n: 5 Uhr Sylvester-Abendmahl mit anschließender Abendmahlfeier. Kollekte für den allgemeinen Kirchenfonds. — Dienstag, 1. Januar 1924, Neujahrsfest: (Kirche geheizt) $\frac{1}{4}$ 9 Uhr Abendmahl; 9 Uhr Predigtgottesdienst; Pfarrer Semm. 5 Uhr Weihnachtsfeier des Kindergottesdienstes (Kinder im Schiff, Erwachsene auf den Emporen).

Schützenhaus
Heute, Donnerstag
großes Militär-Konzert!
Nach dem Konzert
BALL.
Hochachtend Alwin Höntsch

Gasthof zu den Linden, Obersteina.
Sonntag Ballmusik (Damenwahl).

Die Knaben-Abteilung des L.-V. „Turnerbund“
ladet hiermit zu seinem
Unterhaltungs-Abend Sonntag, den 30. Dezbr.
nachm. 5 Uhr im Saale des Schützenhauses
ein. — Der Reinertrag wird der Schulkinder-Speisung zugewandt. — Als Mindesteintrittspreis wird erhoben: Erwachsene 50 Pfg., Kinder in Begleitung Erwachsener 25 Pfg.

Männer - Gesangvereine
Pulsnitz
Gemeinschaftliche Probe
Sonnabend 8 Uhr im Schützenhaus

Allgem. Geflügel - Ausstellung
des Geflügelzüchtervereins zu Pulsnitz M. S., Lichtenberg und Umg., verbunden mit
lokaler Kaninchenausstellung
des Kaninchenzüchtervereins Lichtenberg
am 30. und 31. Dez. 1923 und 1. Januar 1924
im Obergasthof zu Lichtenberg.
Geöffnet von früh 9 bis abends 8 Uhr.

Fräulein, welches Handelschule besucht, mit Stenographie u. Schreibmaschine vertraut, für Kontor
sofort gesucht.
Bewerbungen unter M 27 an die Wochenblatt-Geschäftsstelle.

Schlosskeller
Bier- und Speisehaus
Peinlich sorgfältig geleiteter Küchenbetrieb
Von früh 8 bis nachts 12 Uhr warme Küche
Jeden Dienstag u. Freitag Schlachtfest
Eigener Schlachtbetrieb!
Zum Ausschank gelangen höchstprozent. Exportbier - Qualitäten Kulmbacher Reichelbräu
Erschwingliche Preise :: Spezial - Likörbüffet
DRESDEN, Schloßstraße 16
Erdgeschoß und erster Stock
Täglich 6 Uhr Künstler-Konzert — 2 Kapellen
Fernsprecher 20379 und 15459

Neujahrs-Glückwünsche
für die Sylvesternummer bitten wir möglichst bis **Sonnabend** bewirken zu wollen.
Geschäftsstelle des Pulsn. Wochenblattes

Für alle Beweise der Liebe und Teilnahme beim Heimgange unserer lieben Mutter sprechen wir unseren
herzlichsten Dank
aus.
Pulsnitz, 27. Dezember 1923.
F. Schmidt
im Namen der Hinterbliebenen.

M
Fernspreche
Postfach
Im Fall
Betriebs
Anspruch
Bezugsw
wöchentl.
Hauptblatt
auf Gr
und der
festgesetzt
Die
Friedens
preis um 2
Zwischen d
caree ha
stättgefu
Die Parise
Victoria
Reglern
Frankreic
sehungsb
Umlaufend
begründ
Der ehem
kommiss
Reparat
Europad
on Berlin
tei erfol
Zwei vom
der Zuf
viernon
auf eine
Verfahr
Der
Berlin m
Schweiz
legte halt
der Staa
Malta
die Außen
französis
wenigste
in die Wal
ist. Kurz
träger in
gewesen,
Wette ge
den Wied
Ruhgebie
zur Kenn
sagt, o
aleichzeit
Verbindun
Die
man wird
überhaupt
berhandl
werden kö
wirtschaf
Selbstver
über die
Stützwe
muset es
aber ang
schwerer
idse, Ten
entwickelt
Dr. J. v.
Rezept für
sch, das
krant kel
und wäre
Problems